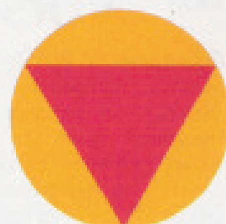
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 1/94



Im Neuen Jahr:

Gemeinsam gegen Rechts!

Liebe Freundinnen und Freunde,

liebe Kameradinnen und Kameraden, Antifaschisten,

an der Schwelle des Jahres 1994 entbieten wir Euch nebst Familie, Freunden und Kollegen **trotz alledem** herzliche Grüße.

Das Jahr 1994 ist ein Wahljahr. Es ist aber auch ein Jahr der wachsenden Krise oder Rezession, wie man sie nennt. Immer neue Vorschläge bringen die Minister Rexroth und Blüm auf den Tisch, Vorschläge, die aber so alt sind wie die Marktwirtschaft, wie der Kapitalismus jetzt heißt. Für den Griff in die Taschen des kleinen Mannes wurde eine Krise wie 1929/33 überhaupt nicht gebraucht. Die Ankündigung, die Renten um 3,2 statt um 1,9% zu erhöhen, ist kein Inflationsausgleich, sondern senkt die Renten. Aber auch die Rentner gehören zum Wahlvolk.

Und immer, wenn die Parteien, die Politik kein anderes Mittel finden, um die Krise des Kapitals zu lösen, werden die Alt- und Neonazis aktiver, aggressiver. Ihr Kampf gegen Links ist ein Kampf gegen alle, die nach wie vor gegen Gewalt als Mittel der Politik sind.

Am 2. Dezember 1993 wurde ein Dokument bekannt, das die ganze Naziideologie offenbart; „der Einblick" ruft zur „endgültigen Zerschlagung" und „Ausschaltung" der Linken. Das bedeutet offenen Terror nicht mehr nur gegen ausländische Mitbürger, sondern geht gegen Alle. So schaffen die Naziterroristen Gründe für eine weitere Rechtspolitik.

Wir rufen die Kolleginnen und Kollegen auf, lehnt es ab, die Krise zu finanzieren! Wir rufen alle Antifaschisten auf, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg gemeinsam gegen Rechtsentwicklung und Rechtsextremismus zu handeln!

mit antifaschistischen Grüßen

Der Landesvorstand

Termine

Die Landesvorstandssitzung am 24.1.94 entfällt. Dafür finden abweichend LV-Sitzungen am 10.1.94 und 7.2.94 statt.

Am Donnerstag, den 27.1.94, läuft ab 19.00 Uhr in der Villa Ichon eine Diskussion zum Thema Ursachen und Gefahren einer braunen Sammlungsbewegung

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen e.V.

am Samstag, den 26. Februar 1994, in der Begegnungsstätte Haferkamp, Beginn: 14.00 Uhr, Mitgliedsbücher bitte mitbringen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlußfähigkeit
2. Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
3. Berichte des Landesvorstandes, Kassierer- und Revisionsbericht
4. Antifaschismus in Neubrandenburg
5. Aussprache, Entlastung
6. Wahl der/des Vorsitzenden, stellv. Vors., Kassierers, Geschäftsführenden Vorstandes
7. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
8. Wahl der Bremer Delegierten im Bundesausschuß und zum Bundeskongreß am 28./29. Mai in Braunschweig
9. Anträge, Beschlußfassung
10. Schlußwort

Leseprobe

Dieter Wellershoff

Der militante Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, der dumpfe Fremdenhaß, die zunehmende Armut, die tiefe wirtschaftliche Krise, alle diese Erscheinungen, die nicht nur uns, sondern auch die Nachbarn Deutschlands erheblich beunruhigen – muß man nicht gerade ihretwegen heute an jene Tradition anknüpfen, die in der DDR in den fünfziger Jahren und in der BRD in den sechziger und siebziger Jahren als die Tradition eines wirklich demokratischen Deutschlands begriffen wurde: den Antifaschismus?

Ist es nicht angeraten, jene kurze Etappe deutscher Geschichte, die den Deutschen angeblich zum Ruhme gereicht – den antifaschistischen Widerstand – zu bewahren und als verpflichtendes „Erbe" zu pflegen? Angesichts der weiterwirkenden wirtschaftlichen, psychologischen und politischen Spaltung Deutschlands wäre die gemeinsame Berufung auf die „antifaschistische" Tradition doch ein Stück gemeinsamer Geschichte. Oder?

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 8. Oktober 1993

Vorsicht Mordbrenner

Über das Radio kam die Meldung, unsere Behörden nähmen das Auffinden von Todeslisten bei Neofaschisten sehr ernst. Betroffene seien vor allem Politiker, Richter, Lehrer, Wissenschaftler und Journalisten. Per Post wurde am selben Morgen eine Kopie einer Neo-Nazi Postille zugestellt. „Jetzt ist Schluß. Organisiert die Anti-Antifa", heißt es dort. Drohanrufe dieser Art gab es im Büro, wie schon berichtet, und bald darauf auch bei Tilla und Willy zuhause. „Die von uns veröffentlichten Namen behalten jedoch für mehrere Jahre ihre Aktualität," begründen sie ihre Arbeitsweise, „es kann auch vorkommen, daß von uns veröffentlichte Telefonnummern und Adressen nicht mehr existieren, ... wird es auch jedoch nicht schwer fallen, ein neues Objekt für die Anti-Antifa-Arbeit zu finden."

Ihr Angriff richtet sich gegen die Besetzung von Themen wie Umweltschutz, Wohnungsnot, Friedensbewegung und Kernkraftwerke durch Links. Sie geiseln die Wirksamkeit „demokratischer (Un)-Ordnung", Lichterketten, Medienenthüllungen als „krank" und „unanständig". Gewohnheiten, Familie, Auto, Arbeitsplatz, Versammlungsorte, Verantwortlichzeichnen für Veranstaltungen oder Publikationen sollen mit modernsten technischen Mitteln ausspioniert, Steckbriefe erstellt werden. „Diese Veröffentlichungen müssen entsprechende Konsequenzen für unsere Gegner haben", schreiben sie. Nicht unkontrolliert und ziellos wie bisher solle zugeschlagen, nicht diskutiert und getrunken, sondern gehandelt werden.

Wie so etwas aussehen kann, zeigt das Beispiel Schwedt, einer mittelgroßen Stadt in Brandenburg. Fast ein Dutzend Teilnehmer an einer Antifademonstration wurde mit Video aufgenommen, identifiziert und krankenhausreif geprügelt. Neofaschisten haben die Mehrzahl der Jugendclubs in der Hand, Westimporte der verbotenen NF terrorisieren unbehelligt die Stadt, Wohnungen von Antifaschisten werden überfallen.

In der Hetzschrift „Einblick" werden mindestens fünf Adressen von Büros/Personen im Zusammenhang mit VVN-Arbeit genannt. Die Macher propagieren „die endgültige Zerschlagung" alternativer Strukturen und „die Ausschaltung" aller „destruktiven, antideutschen und antinationalistischen Kräfte". Ihr Aufruf zur „Erledigung" ihrer Gegner wird sorgfältig verpackt, denn sie wollen Aufsehen, aber zum gegebenen Zeitpunkt. „wir werden es hier tunlichst vermeiden", so schreiben sie, „zur Gewalt im Sinne von Körperverletzungen, Tötungen, usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit den hier zugänglich gemachten Daten umgeht. Wir hoffen nur, ihr geht damit um!" Sie wollen, daß ihre Steckbriefe Konsequenzen haben, sie wollen uns mit allen „zur Verfügung stehenden Mitteln" angehen. Von dort bis zu Todesschwadronen führt sicher noch ein längerer Weg. Dennoch ist zu fragen, wem das nützt.

Raimund

Doppelmoral

Zu Nikolaus, am 6. Dezember 1993, wurde Markus Wolf vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Landesverrats zu 6 Jahren Haft abgeurteilt. Es handele sich nicht um ein politisches Verfahren, ließ der Vorsitzende verlauten. Markus Wolf ist sich sicher, verurteilt zu werden, „weil es 40 Jahre die Deutsche Demokratische Republik gegeben hat." Die Gründung der DDR erfolgte wenige Wochen nachdem sich die Bundesrepublik als Seperatstaat gebildet hatte. Der Strafantrag sei auf Vergeltung gerichtet. „Rache statt Recht?" Da fragt auch der Weserkurier, welches Land denn Wolf verraten haben soll. In der Tat bewegt sich die Hallstein-Doktrin des Kalten Krieges nun über den Richtertischen der Gerichtssäle.

Am gleichen Tage sollten ursprünglich auch in Schleswig die Urteile gegen die Mordbrenner von Mölln verkündet werden. Zwei Tage später erst erging das Lebenslänglich, bzw. 10 Jahre Jugendstrafe „aus rechtsradikaler Verblendung". Einzeltäter? Mit einem Hinweis darauf, daß die Morde von Solingen wahrscheinlich nie aufgeklärt und die 4 Täter dank schwacher Indizien bald aus der U-Haft entlassen werden könnten, rief BKA-Präsident Zachert nach Strafverschärfung, Ausweitung der Haftmöglichkeiten, Verschärfung der Landfriedensbruchparagraphen. In keiner Weise wurden Anträge der VVN-BdA NRW aufgegriffen, dem politischen Hintergrund der mutmaßlichen Mörder nachzugehen und eine Reihe von Zeugen zu befragen, die Bausteine für einen Indizienbeweis liefern können. Bundesdeutschen Gerichten reichen allerdings schon Hinweise auf mögliche RAF-Mitgliedschaft aus, Menschen zu 15 Jahren zu verurteilen. Anders, ganz anders wird bei den armen irregeleiteten Jugendlichen verfahren, die anderen das Haus anzünden, nur weil sie zugewandert sind.

Wilhelm Henkel

Der Einblick der Neonazis

Kaum zu glauben, und man traut seinen Augen nicht, wenn am Freitag, den 10.12.93, im Weser-Kurier der Verfassungsschützer Lothar Jachmann über die Neonazi-Terrorliste berichtet. Nach seiner Meinung ist die Neonazi-Broschüre „Der Einblick" – „eine besorgniserregende neue Windung der Gewaltspirale zwischen militant-autonomen und Neonazi-Gruppen." So erfährt denn auch der Leser, daß „seit Jahren ... regionale Listen von jeweiligen Gegnern auf beiden Seiten des extremistischen Spektrums (kursierten)."

Mit dieser Sichtweise wird unterstellt, es befehdeten sich nur zwei Gruppen in unserer Gesellschaft. Die Statistik des Bundesamtes für Verfassungsschutz für die Zeit vom 3.10.1990–26.9.1993 spricht von 30 Todesfällen, die den Neonazis zuzuordnen sind. Eine Aussage des Verfassungsschutzes über Todesfälle der anderen Seite erfährt man nicht. Die wirkliche Zahl der Todesopfer, die den Neonazis zuzuordnen sind, beträgt vom 3.10.90–6.10.93 bereits 75. So stimmt es nicht, wie Jachmann meint, daß nur der DGB auf der Liste der Neonazis verzeichnet ist. Für die Neonazis sind die „Themenbereiche wie Umweltschutz (Startbahn-West), Wohnungsnot (Hausbesetzungen), Friedensbewegung (Pershing-Stationierung/Nato-Doppelbeschluß), Kernkraftwerke und Wackersdorf, Antiimperialismus usw. usw." aufgelistet und zu ihren Gegnern erklärt.

Aufs Korn genommen wird auch „der Spießer dieser Republik, der sich nicht zu Schade ist, ein Lichtlein in der Kette anzuzünden, ein „Nazi Raus" zu skandieren, ein „Ich bin ein Ausländer"-Button zu tragen." Damit wird deutlich, wie breit das Spektrum in unserer Gesellschaft ist, die die Neonazis angreifen. Dieses geht auch aus der Liste der aufgeführten Namen hervor. Es ist nicht die Rivalität zwischen militanten Autonomen und Neonazis. Es ist ein Angriff der Neonazis auf einen breiten Bevölkerungskreis unserer Gesellschaft. Der Schock und die Erfahrungen aus der Zeit des Faschismus sind in breitesten Kreisen noch lebendig, und wenn Antifaschisten heutzutage immer wieder aufrufen und mahnen: „Nie wieder Faschismus", dann ist es nur folgerichtig, daß die Neonazis ihre Hauptstoßrichtung auf „Anti-Antifaschismus" richten. Es reicht nicht, wenn Verfassungsschutz und Polizei „Bedrohungsprofile" angeprangerter Personen und Organisationen erstellen.

Walter Federmann

Der Landesvorstand weist auf nachstehende Erklärung des Vereins „Aktives Museum" in Berlin zum Thema „Zentrale Gedenkstätte der BRD" hin, die er inhaltlich teilt

Wir brauchen viele Orte des Gedenkens!

Am 14. November 1993 soll in Berlin die zur „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland" umgestaltete Neue Wache wiedereröffnet werden. Der Verein Aktives Museum hat von Anfang gegen diese Gedenkstätte protestiert.

Wir halten eine Gedenkstätte für die Opfer der beiden Weltkriege und für die Opfer der NS-Verfolgung in der Neuen Wache, einem Siegesdenkmal mit Victorien in Fries und Giebel, für falsch. Schon im Streit um die Gestaltung von 1931 zeigte sich, daß dieser Widerspruch zwar mit der Rede von der vorbildlichen Opferbereitschaft der Kriegsgefallenen für Deutschland überdeckt wurde, aber nicht aufzulösen war.

Auch wenn eine Zusatzwidmung die Formel von den „Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft" erläutert und einzelne Opfergruppen aufzählt, bleibt die Gleichsetzung von im Krieg Gefallenen mit den Opfern der NS-Verfolgung, mithin die gemeinsame Würdigung von Tätern, die sich unter den Gefallenen finden und den von ihnen ermordeten Opfern. Zudem soll neben den Opfern des Nationalsozialismus auf der Zusatztafel der Opfer des Stalinismus gedacht werden. Wir lehnen diese Gleichsetzungen ab.

Wir wenden uns gegen das Gedenken an die Opfer der NS-Zeit vor einer Pietà. Jesu Tod und das Leid seiner Mutter hatten nach christlicher Auffassung einen Sinn: die Erlösung der Menschheit. Wir halten die christliche Symbolik im Zusammenhang mit den Opfern der NS-Verfolgung für den Versuch, dem Grauen des Massenmords aus Rassenwahn, den Schrecken der Konzentrationslager, dem Wahnsinn des Kriegs zur Erringung der Weltherrschaft im Nachhinein einen Sinn zu geben.

Wir wehren uns dagegen, daß mit Käthe Kollwitz eine Künstlerin, die mit der „Mutter mit totem Sohn" kein Gefallenen- und erst recht kein Denkmal für die Opfer der NS-Zeit gestalten wollte, für diese Zwecke mißbraucht und ihr Werk durch Monumentalisierung entstellt wird.

Wir setzen dieser „Gedenkzentrale" unsere Konzeption des Erinnerns entgegen. Wir erinnern am diesjährigen Volkstrauertag an diejenigen, die durch Verbrechen unseres Volkes ermordet wurden. Wir erinnern an sie an Orten, an denen diese Verbrechen erdacht, geplant und durchgeführt wurden.

Dokumentiert!

Aus Anlaß der Widmung an der Zentralen Gedenkstätte

Am 30. Januar 1933 berief der Generalfeldmarschall von Hindenburg den Gefreiten Hitler zum Reichskanzler. Das geschah auf Wunsch der deutschen Bank- und Industrieherren. Nun konnte der Gefreite sein jahrelang verkündetes Ziel in Angriff nehmen: „Vernichtung des jüdischen Bolschewismus" nach dem Grundsatz: „jüdisch sind alle nicht reinrassigen, und Bolschewisten alle Gegner der Nazis".

Das unvollständige Ergebnis: Am 30.6.1939 saßen 108.000 deutsche politische Gegner in den KZ. Am 31.7.1944 gab es 191.000 Häftlinge in den KZ auf deutschem Boden. In 21 von 51 Zuchthäusern gab es Hinrichtungsstätten. Bis 1936 gab es nur vereinzelt Hinrichtungen politischer Gegner. Bereits 1937 gab es 96 Hinrichtungen, u.a. auch des Bremer Reichstagsabgeordneten Robert Stamm. Insgesamt verhängte die deutsche Justiz 17.473 Todesurteile bis Dezember 1944. In Bremen wurden 42 Todesurteile gefällt, darunter der junge Pole Walerjan Wrobel und der Bremer Richard Heller. Die Militärjustiz, besser bekannt als Feldgerichte, verurteilte nach neuesten Erkenntnissen über 52.000 deutsche Militärangehörige, davon über 25.000 zum Tode. Feldrichter in Bremen war auch der verstorbene Bremer Karl Carstens. In einem Spiegel-Interview gab er im November 1978 eine unklare Antwort auf die Frage, ob er auch Todesurteile gefällt habe. 16 Millionen „andersrassige" Menschen wurden vom Naziregime in die Vernichtungs- und Zwangsarbeitslager verschleppt. 11,8 Millionen von ihnen wurden vernichtet, davon alleine 6 Millionen Juden, Frauen, Männer, Greise und Kinder, Sinti und Roma, Slawen bilden die größte Gruppe.

Im Gräberfeld für „Ausländische Tote" sind auf dem Osterholzer Friedhof in Bremen über 6.000 geborgene und im Ehrenhügel beigesetzte Tote. 731 von ihnen kamen aus der UdSSR, 209 aus Polen, 12 aus Frankreich, 89 aus Belgien, 44 waren anderer Nationalität. Von 91 ist es nicht bekannt. Im Ehrenhügel ruhen außerdem 130 namentlich bekannte Kinder, davon 109 aus der UdSSR.

Willy Hundertmark

Das Bremer Chor-Kollektiv sang am 26. November 1993 auf dem 28. Solidaritäts-Basar in der Stephani-Gemeinde folgendes Lied:

Gerd Semmer (Text)
Matthias Wichmann (Chorsatz)

Ich vermisse Nationalgefühl

Als der damalige Bundeskanzler Adenauer in den 60er Jahren von seinem Busenfreund Charles de Gaulle aus Paris nach Bonn zurückkehrte, entdeckte er bei sich ein „Nationalgefühl", was er bei großen Teilen der Bevölkerung vermißte.

Gestern abend plötzlich im Gewühl
kam abhanden mir mein Nationalgefühl.
Eben hatt ich's noch, auf einmal war es weg.
Ach, wo war es nur? Lag es vielleicht im Dreck?
Oder hatte es ein Taschendieb geklaut?
Fiel's in den Kaffee und ist da aufgetaut?
Ich vermisse, oh, mir wird ganz schwül,
ich vermisse so mein Nationalgefühl.

Ob ich es beim Autofahrn verlor?
Kam es etwa schon zu Hause nicht mehr vor?
Ist ins Telefon, den Mixer mir geflutscht,
in den Staubsauger, den Kühlschrank reingerutscht?
Wurde es vielleicht beim Fernsehen eingelullt?
Oder sind die Kommunisten daran schuld?
Ich vermisse…

Es war schon ein wenig strapaziert,
denn wir sind ein bißchen viel damit marschiert.
Zogen damit hin und zogen wieder her
einst vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer.
Ja, ein Nationalgefühl ist wirklich gut:
Nie kriegt man auf sich, nur auf die andern Wut!
Ich vermisse…

Früher war ich immer auf uns stolz,
die Geschichte war aus deutschem Eichenholz.
Da war Willi zwo, den man auch Lehmann hieß,
und der alte Fritz, der so viel Flöten blies.
Ferner mußte man auch stolz auf Bismarck sein,
heute fällt mir dazu nur noch – Bückling ein.
Ich vermisse, oh, mir wird ganz schwül,
ich vermisse so ein Nationalgefühl.

Offener Brief an die Presse in Bremen

Wir sind bestürzt über die wiederholte Durchsuchung der Räume des Mesopotamischen Kulturvereins auf Weisung des Bundesministers des Inneren. Vereinsverbot und Versiegelung der Räume erfolgten nach nachdrücklicher Intervention der türkischen Behörden.

Nach der Zerstörung türkischer Bankfilialen und Reisebüros durch Unbekannte ist die Abscheu und das Entsetzen über die systematische Zerstörung der Stadt Lice und vieler Dörfer, die Politik der Zwangsumsiedlung und verstärkter Militäroperationen weitgehend aus dem Blickwinkel geraten.

Unverständlich ist uns vor allem, wieso Musikinstrumente und Folklorekleidung als Beweismittel sichergestellt werden, sind sie doch Ausdruck des Willens, die Öffentlichkeit über die Lage in der Heimat aufzuklären. Ist das vielleicht in vorauseilendem Gehorsam begründet? Eine Unterdrückung von Musik und vor allem von Instrumenten ist uns eigentlich nur aus faschistischen Diktaturen bekannt, wie dem 3.Reich, dem Chile Pinochets, Griechenland zur Zeit der Obristen.

Verbot und Schließung erfolgen in einer Zeit verstärkter Aktivitäten neofaschistischer Kräfte. BKA-Präsident Zachert zufolge ist mit der baldigen Freilassung der mutmaßlichen Mörder von Solingen zu rechnen. In Bremen werden Waffen und faschistische Symbole gefunden, aber offenbar als Sammlertick verharmlost. Mit Verboten von Vereinen wie dem Mesopotamischen Kulturverein wird in einer Zeit sozialer Not und politischer Verunsicherung offenbar ein neues Feindbild signalisiert: der Ausländerterrorismus. Damit sind allerdings nicht die Grauen Wölfe gemeint, die auch in Bremen unter faschistischen Fahnen aufmarschieren dürfen. Zu befürchten ist, daß bald eine Hetzjagd auf Kurden einsetzen könnte.

Raimund W.Gaebelein-Henkel

Sarjans Berge, schneegrau und kalt – geschleift vom Feuerhagel – schützen die Häuser und Betten nicht.

Das Land verdorrt, der Wärmestrom versiegt. Die Reicheren flüchten ins Niemandsland. Zurück bleiben die, die ihr bißchen Leben einpacken in kleine Flicken Menschsein. 16° C hat die Entbindungsstation – dafür friert das Teewasser zu Hause.

Mutter Armenien, mein Herz weint, weil ich aus diesem warmen, fetten Land Euch nie mehr ohne Schuld als Freund entgegentreten kann.

Annette

Links muß bündeln

„Krise hat ihren Ursprung im Westen" (Weser-Kurier, 5.12.93), verkündete Bundeskanzler Kohl. Welche Schlüsse zieht man aus dieser Erkenntnis. Das macht der Kohl auf seine Weise. „Härter arbeiten." Aber wie soll härter gearbeitet werden, wenn die sogenannten Arbeitgeber keine Ahnung davon haben, wie die Arbeit gestaltet werden soll. Wir haben schon immer nachgewiesen, daß die Krise eine „freie marktwirtschaftliche" ist. Die Einheit Deutschlands, die bisher die Krise verursacht haben sollte, hat in Wahrheit die seit 1989/90 in der kapitalistischen Welt herrschende Krise in der alten BRD verdeckt. Die von Bonn in die DDR investierten DM sind doch umgehend zurückgeflossen. Es ist doch bekannt, daß die DDR-Bürger den PKW- und andere Märkte leergekauft haben. Übrigens, die Versandhäuser und andere Lebensmittelkonzerne verdienen sich immer noch im Osten eine goldene Nase.

Eine Besonderheit dieser Weltwirtschaftskrise ist: der Devisen- und Aktienmarkt floriert wie noch nie. Die Großbanken in Deutschland zahlen in dieser Krise sogar noch höhere Dividenden.

In der Wirtschaftskrise 1929/33 mußte z.B. die Dredener Bank (heute die Nr. 2) damals vom Staat mit Steuergeldern gestützt werden. In den Krisen der Marktwirtschaft wächst immer der Rechtsradikalismus. Damals wuchs die Nazi-Bewegung, finanziert vom Bank- und Industriekapital. Die Wahlergebnisse von damals belegen den großen Anteil des sogenannten Mittelstandes an den Erfolgen der Nazis.

Heute üben kleine, noch zersplitterte Gruppen, Terror gegen ausländische Mitbürger aus. Das Urteil von Schleswig schreckt keineswegs die Hintermänner des Rechtsextremismus. In unmittelbarer Nachbarschaft, wird aus Kiel bekannt, habe sich der Ku-Klux-Klan etabliert. Dieser USA-Import ist mit allen modernen Waffen ausgerüstet.

„Rechtsextreme bündeln Kräfte" wird jetzt immer häufiger gemeldet. Und man wird immer konkreter, wer sich bündelt. Da werden die DVU, die Reps, die FAP und andere gemeldet. Wir haben schon lange nachgewiesen, daß die Bündelung unter dem Nationalen Rat erfolgt ist. Der ganze rechte Rand wird sowieso ideologisch von den Zeitungen des Herrn Frey gelenkt.

Die „Nationalzeitung", die „Soldatenzeitung", die „Wochenzeitung" liefern schon seit über 20 Jahren die Argumente für den Ausländerhaß, worunter man selbstverständlich alle Kräfte versteht, die sic auch eine andere Gesellschaft vorstellen können.

Was ist zu tun? In Kenntnis oben stehender Tatsachen wiederholt die VVN-BdA Bremen e.V. die Aufforderung über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg, das ganze antifaschistische Spektrum zu bündeln. Wir wünschen, daß die Parteien links von der CDU beginnen, eine einheitliche Sprache zu sprechen. Im Faschismus und Krieg 1933–45 war die Überzeugung gewachsen, es darf nur noch eine linke Kraft geben. Darum schufen wir nach 1945 die Deutsche Einheitsgewerkschaft. In den letzten Tagen von Weimar wurde in der „Gewerkschaftszeitung" an die Mahnung von Karl Marx aus dem Jahre 1869 erinnert: Gewerkschaften müßten sich nicht von Pa teien beeinflussen lassen.

Willy Hundertmark

Kurz und Wichtig

In Erfurt gibt es wieder eine Wilhelm-Hamann-Schule. Es ist genau die Nachbarschule, die 1990 diesen Ehrennamen abgelehnt hat (Siehe BAF 5/93). Wilhelm Hamann war Lehrer und Kommunist. Im KZ Buchenwald hat er 904, darunter 150 jüdischen Kindern, das Leben gerettet. Vom Staat Israel wurde er dafür ausgezeichnet, im neuen „D" sollte sein Andenken vernichtet werden. Die Schülerinnen und Schüler, die nun ihre Schule mit „Wilhelm Hamann" auszeichneten, zeigen, was nottut.

Bremen:
Privenau, hier als Neonazi bekannt, ist Schriftleiter des Blattes der "Stillen Hilfe".

Der Kompromiß der Länder und des Bundes zum Sparpaket II entlastet die Länder und Kommunen. Die Kürzungen des Stempelgeldes und die Arbeitslosen bleiben. Die Sozialhilfe soll um 2% steigen.

Wahlbonbon
Ab 1. Juli wird in Westdeutschland die Rente um 3,2 % und in Ostdeutschland um 5 % erhöht. Ob nicht damit der Plan vom Tisch ist, die Renten 5 Jahre lang nur um 1,9 % zu erhöhen?

Willy Hundertmark

10 Jahre Dachverband Ausländerkulturvereine

Ganz allmählich nur füllte sich die obere Rathaushalle, leicht verblichene Chrysanthemen ließen manchen fragen, ob es wohl symbolische Bedeutung habe, und der Beginn verzögerte sich, da alle hofften, die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung werde dem Bauernprotest doch noch rechtzeitig entkommen.

Helga Trüpel fiel die Rolle zu, 10 Jahre Geschichte des DAB Revue passieren zu lassen. In den nächsten Jahren sei zu entscheiden, ob Deutschland weltoffenes Land sein wolle oder den Weg zurück in nationale Beschränktheit anstrebe. Als Chance seien die Bürger ohne deutschen Paß, 14% in Bremen, zu begreifen, ein erster Schritt zu einem modernen Staat, der sich nicht ausschließlich ethnisch verstehe, also nach Sprach- und Volkszugehörigkeit sortiert. Es komme darauf an, daß der Fremde als Fremder integriert werde, nicht als Deutscher. Entscheidend sei das Eingeständnis, daß Deutschland Einwanderungsland geworden ist. Wenn das klar sei, bräuchten nicht alle ins Asyl gezwungen werden. Um dem Zweiklassenstatus ein Ende zu setzen, bedürfe es eines Minderheitenschutzes.

Maribel Bayona würdigte Mitarbeiter und -gründer des DAB. Der Weg war nicht nur mit Erfolg gepflastert. Mit dem neuen Ausländerrecht habe die Bundesregierung den Stammtischen die Tagesordnung vorgegeben. Ein Plädoyer für eine Öffnung des öffentlichen Dienstes für Zugewanderte folgte der Forderung nach Unabhängigkeit der Ausländerbeauftragten. Dagmar Lill verwies auf den Selbsthilfecharakter des DAB, der ihn zum Gesprächspartner für Behörden wie Wohlfahrtsverbände mache. Sie klagte die Alltagsdiskriminierung an, schilderte die von Gerichten blockierten Anläufe, zu einem Ausländerwahlrecht zu kommen. Nach Hoyerswerda, Mölln und Solingen könne man jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Probleme seien besonders für die hier geborene und aufgewachsene Generation komplexer geworden.

BAGIV-Vertreter Abu Bekir Saydam beklagte, Staat und Politik seien nicht gewillt, Einwanderer in ihrer Mehrheit als gleichberechtigt anzuerkennen. Ein buntes Kulturprogramm aus Gedichten, Tänzen, Liedern lud die Gäste zum Nachdenken ein. Statt der Bundesausländerbeauftragten trug Osman Engin eine eigens für die Kohl-und-Kinkel-Saison verfaßte Satire zum 17jährigen Hürdenlauf in die Einbürgerung vor. Can Tufan stellte zu Beginn seines Auftritts mit Andreas Lieberg fest, die 30jährige Migration präge die Gesichter – sie seien so ernst.

Raimund

Ein Schiff soll ziehen

Das neue Asylverfahrensgesetz erschwert das Leben nicht weniger Flüchtlinge. Menschen, die seit 8 Jahren (acht!) hier leben, aber eben noch nicht anerkannt sind, dürfen plötzlich nicht mehr arbeiten. Grund: sie erhalten nur 6 Monate gültige Duldungen. Auch wenn sie vorher in einer Wohnung lebten, müssen sie aufs Schiff. Die Sozialbehörde hatte alle Unterkünfte, gute wie schlechte, aufgegeben, die sie auf die schnelle kündigen konnte. Medizinische Hilfe wird straffer gefaßt, d.H. die Behandlung muß unumgänglich notwendig sein. Fallen die Zähne aus, dann kann der Betreiber der Unterkunft mühelos auch am Essen sparen. Klagen über Vernachlässigung und gerade über das Essen kommen aber insbesondere im Zusammenhang mit „dem Schiff" im Kohlehafen. Altes Brot werde dort ausgeteilt, es gebe wenig Essen, bei Beschwerden rufe der Kapitän die Polizei, die Flüchtlinge werden von den Beschäftigten angeschrieen. Asylsuchende wissen nicht, wie und an welchen Stellen sie sich beklagen können. Wer nicht rechtzeitig da ist bei der 14täglichen Taschengeldausgabe, geht leer aus. Vor allem aber fühlen sich die Flüchtlinge auf dem Schiff wie im Gefängnis. Viele würden gerne Deutsch lernen, aber die Kurse finden in der Innenstadt statt. Fahrkarten werden nur für einmal in der Woche vom Sozialamt erstattet. Je eher dieses inhumane Schiff zieht, desto besser.

Richard Keßler

Den Mantel des Schweigens ablegen

50 Jahre nach der Deportation von 307 Frauen und Männern aus Oldenburg, Blankenburg und der Bremer Nervenklinik in die Tötungsanstalt Meseritz/Obrawalda am 9.Dezember 1943 berichteten Gerda Engelbracht und Achim Tischer im Haus im Park über die Hintergründe. Das "schmerzliche und erdrückende Ereignis" nahmen zahlreiche Bremerinnen zum Anlaß, sich eingehender über die Geschichte des Krankenhauses zu informieren. Der Transport vom 9.Dezember 1943 war nicht der erste seiner Art.

Der Euthanasieerlaß führte von erbgenetischen Gutachten zu Zwangssterilisationen und schließlich zu mehr als 150.000 planmäßig ermordeten Behinderten im ganzen Reich. Verharmlosend wurde der planmäßige Mord T4 genannt, nach der Adresse Tiergartenstraße 4. Das Ziel der ersten Etappe war mit der Ermordung von 70.230 Menschen in 6 Tötungsanstalten durch Gas erreicht. Die Massenvergasung in Hadamar hatte aber zu sehr Staub aufgewirbelt, die Tötung vorgeblich unnützen Lebens, so der Nazijargon, wurde leiser fortgesetzt, als der Krieg immer mehr nach Deutschland zurückschlug. Nach stundenlanger Wartezeit in der Winterskälte unter freiem Himmel auf dem Güterbahnhof fuhren am 9.Dezember 1943, wie Vieh zusammengetrieben, 307 Behinderte aus Bremen in Güterwaggons, im Dunkeln auf Matratzen kauernd, unzureichend gegen die Kälte bekleidet, nur die ersten beiden Waggons waren beheizt, dem sicheren Ende entgegen. Der Bombenhagel auf die Anstalt wurde genutzt, die Patienten nach Arbeitsfähigen und „Lebensunwerten" zu sortieren. Die Todesrate betrug 97%, schon in den ersten Wochen starb ein Drittel der Patienten.

Das Publikum fragte sehr bestürzt, warum es denn 50 Jahre dauerte, bis die Aufarbeitung der Geschichte angegangen wurde. Der Glaube an die Harmlosigkeit der Arbeit in der eigenen Anstalt ist vielerorts längst widerlegt. Selektionen und Tötungen fanden systematisch statt. Tötung durch Entzug lebensnotwendiger Medikamente war auch in Bremen üblich. Das systematische Abspritzen behinderter Kinder wird allmählich erst erforscht. Die Mauer des Schweigens begann mit der Entlassung des Reichsbanner-orientierten Pflegepersonals und der leitenden Ärzte 1933, führte über stillschweigende Billigung der Verlegung durch die meisten Verwandten bis zur stillschweigenden Entlastung der Ärzte durch ebenso belastete Richter. Stillschweigend folgten große Teile der Akten den stillschweigend Ermordeten. Ein Gedenkstein wurde angeregt, dennoch waren die Kollegen der Auffassung, daß er zu warten habe, bis die volle Aufarbeitung der Mitverantwortung der Anstalt am systematischen Töten von Behinderten aufgearbeitet sei.

Raimund

Gemeinsame Gedenkveranstaltung am 75. Gedenktag der Bremer Räterepublik

Vorgeschlagen wird, in den Mittelpunkt des Februar-Gedenkens das Vermächtnis der Räterepublik zu stellen. Die Veranstaltung soll mit einer Kaffeerunde gegen 9.30 Uhr im Jugendtreff der DGB-Jugend Westend beginnen und nach der Kundgebung mit einem Vortrag zu Vorgeschichte und Verlauf weitergeführt werden. Im Gespräch ist eine Abendveranstaltung, ein Gespräch über Chancen zu einem gemeinsamen Weg gegen den neu aufkommenden Faschismus.

Zum Gedenken in Walle

Eine Chronik

16. – 21.12.1918
Erster Reichsräte-Kongreß in Berlin beschließt Wahl eines Reichstages am 19.1.1919, wählt die Phillip-Scheidemann-Regierung. Die Arbeiter- und Soldatenräte behalten die Leitung der legalen Militärverbände.

30./31.1.1919: Bremer Räteregierung verhandelt mit 9. Armeekorps in Hamburg.

1.2.1919: „Hamburger Echo" warnt Noske, die Revolution nicht durch den Militarismus abzuwürgen.

2.2.1919: Bremer Räteregierung telegrafiert zur Reichsregierung, daß sie die Waffen an das 9. Armeekorps ausliefert.

4.2.1919: Freikorps „Gerstenberger", verbunden mit Bremer Bürgersöhnen unter Caspari, überfallen Bremen.

6.2.1919: Konstituierung des Reichstages. Wahl Friedrich Eberts zum ersten Reichspräsidenten.

28.6.1919: Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles. Deutschland wird ein 100.000-Mann-Heer zugestanden.

Nachtrag: Am 4. Februar 1919 sind 30 Verteidiger der Bremer Räterepublik und 75 Gerstenberger und Bremer Bürgersöhne gefallen. 28.11.1928; Noske beschreibt die Situation vom 2.2.1919 in Berlin so: „Ich steckte das Blatt in die Tasche und sagte meinen Kollegen kein Wort. Ich setzte durch, daß meinem Vorschlag, am nächsten Morgen gegen Bremen zu marschieren, falls keine Unterwerfung erfolge, zugestimmt wurde."

Zitat Berliner Abendblatt: Herr Noske wußte also, daß das Freikorps „Gerstenberger" und die Caspari-Gruppe illegale herumstrolchende Militärverbände waren, die nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 9.11.1918 verboten waren. Legal waren nur die Einheiten, die von den Soldatenräten geleitet wurden.

Siehe: Erster Reichsrätekongreß

Willy Hundertmark

Geburtstage im Januar

Paul-Egon Rodewald	23. Dez.,	63 J.
Helma Klems	3. Jan.,	65 J.
Lina Schwartz	5. Jan.,	88 J.
Fred Schulz	7. Jan.,	63 J.
Karl Weidner	10. Jan.,	83 J.
Fritz Franz	17. Jan.,	83 J.
Irmgard Alfken	23. Jan.,	63 J.
Uwe Kempf	25. Jan.,	45 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Carl von Ossietzky schrieb in der Weltbühne:

Noch ist nichts Entscheidendes gegen die Wirtschaftsnot geschehen, und noch immer spreizt sich eine Politikergarnitur, deren ahnungslose Selbstgefälligkeit die jüngere Generation in Massen in einen hoffnungslosen Desperatismus getrieben hat. Die Dinge haben sich inzwischen neu kostümiert, aber sie sind noch immer da. Was gestern Hitler hieß, kann morgen Schulze heißen. Was heute braune Hemden trägt, läuft morgen vielleicht in blauen oder violetten herum. Über den Fortwurstlern, den Deserteuren und Etappenhengsten der Demokratie leuchtet nicht das Zeichen eines neuen Bundes. Denn sie selbst wollen ja nichts Neues, sondern nach beendeter Fahrt nur ihren alten Trödel fortsetzen.

WB 15/1931

Termine

Am Montag, den 31.1.1994 zeigen wir um 19.00 Uhr im DGB-Jugendtreff Westend den Film „Professor Mamlock".

Es geht um den Chefarzt der Chirurgie einer deutschen Universitätsstadt. Staat, Familie, Wissenschaft, Gerechtigkeit sind für ihn absolute Werte. Die Handlung spielt 1932/33. „So schlimm kann es nicht werden," ist seine Haltung. Daß er als Jude Beruf und Staatsbürgerschaft verlieren könnte, will ihm nicht in den Sinn. Erst als er entlassen wird, seine zu den Nazis übergelaufenen Freunde ihn verraten, erkennt er die Menschenfeindlichkeit des Faschismus. Er findet aber nicht den Weg, den sein Sohn ging, sondern sucht den Freitod, als er mit dem Wort „Jude" auf der Brust durch die Straßen gehetzt wird. Durch Verharmlosen und Verschleiern läßt sich die Vergangenheit nicht bewältigen.

Konsequent müssen Ursachen und Wurzeln enthüllt und angegangen werden, um eine neue Welt des Friedens und der Freiheit zu erringen.

Mahnwache zur Eröffnung der Landtagssitzung

Jeden 2. oder 3. Mittwoch im Monat 16.00 – 18.00 Uhr vor der Bürgerschaft

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 16.00 – 18.00 Uhr
Mittwochs von 16.00 – 18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00 – 18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00 – 18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00 – 21.00 Uhr der Landesvorstand.
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Sozialer Beratungsdienst
Donnerstags nach Vereinbarung im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26. In allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, auch Hilfe bei Behördengängen.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14
Fax: 04 21/38 29 18

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.

Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark